

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/4

6. Januar 1972

Nüchterne Fakten zu Rainer Barzel

Das "Stufenprogramm" der CDU und die
Regierungspolitik

Von Egon Franke MdB
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen
und Mitglied des Präsidiums der SPD

Seite 1 und 2 / 98 Zeilen

Die SPD als internationaler Faktor

Ständige Verbindungen zu 80 Parteien in aller
Welt

Seite 3 und 4 / 74 Zeilen

Eine deutsch-polnische Diskussion

Zum Verfahrensstand gegen NS-Verbrechen

Seite 5 und 6 / 66 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 226 846 / 868 847
656 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Nüchterne Fakten zu Rainer Barzel

Das "Stufenprogramm" der CDU und die Regierungspolitik

Von Egon Franke MdB

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und
Mitglied des Präsidiums der SPD

Der Führer der Opposition im Bundestag, Dr. Rainer Barzel, hat im Pressedienst seiner Partei die Bundesregierung aufgefordert, sie solle in ihrer Deutschland- und Ostpolitik "zum Kern des Problems vorstoßen". Den Kern sieht Dr. Barzel unter Berufung auf Bundeskanzler Willy Brandt in Fortschritten, "die mehr Freizügigkeit bringen und den Menschenrechten Raum schaffen". Er fordert die Vereinbarung eines "Stufenprogramms" zunehmender Freizügigkeit zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Ein Abkommen soll darüber hinaus das Inkrafttreten eines Grundvertrages über die beiderseitigen Beziehungen vorsehen, "sobald bestimmte wesentliche Teile des vereinbarten Programms zunehmender Freizügigkeit in beiden Richtungen realisiert worden sind".

Die Vorschläge Dr. Barzels sind in zweifacher Hinsicht ein Fortschritt. Die Bundesregierung bemerkt mit Genugtuung, daß die praktischen Punkte seines "Stufenprogramms" einem Teil ihrer Orientierungslinie zur Deutschlandpolitik folgt, die der Bundeskanzler mit den Elementen von Kassel vor der Öffentlichkeit beschrieben und bei seinem Treffen mit dem Ministerpräsident Willi Stoph der Regierung der DDR direkt vorgelegt hat. Zum zweiten greift Dr. Barzel zur Begründung seiner Vorschläge auf eine Argumentation zurück, die der Auffassung der Bundesregierung voll entspricht. Herr Dr. Barzel schreibt nämlich, daß die Beziehungen zwischen der BRD und anderen Staaten des Ostblocks nicht wachsam und in der Substanz entspannt und normalisiert werden könnten, wenn von Ost-Berlin aus eine Politik der Abgrenzung, des Gegensatzes und der Feindschaft betrieben wird.

Das ist völlig zutreffend und unbestritten. Nicht unbestritten aber war lange Zeit - und an diesen Folgen haben wir heute zu tragen -, daß solche Entspannung nach Osten nicht zu haben war, solange von unserer Seite aus eine Politik der Deklamation, des Auftrumpfens und der Ignorierung der "politischen Realität" DDR betrieben wurde. Das war der entscheidende Punkt der Kritik, die der "Friedensnote" von 1966 gegenüber erhoben werden mußte: der ersten grundsätzlichen Bereitschaftserklärung einer CDU-Regierung für Entspannungsverhandlungen mit dem Osten. Weil sie die DDR aus dem Angebot, über Gegensätze hinweg den Frieden zu erarbeiten, ausklammerte, konnte diese Politik nicht weiterführen.

Dr. Barzel spricht von 20 Jahren geduldigen Wartens. Er will vergessen lassen, daß die Politik dieser 20 Jahre einer Logik folgte, welche die Konfrontation mit den Regierenden in Ostberlin und deren Argwohn nicht nur in Kauf nahm, sondern geradezu herausforderte. Diese Dinge sind leider keine ferne Geschichte. Unsere Verhandlungen mit einer Regierung, die gegensätzliche politische und gesellschaftliche Ziele verfolgt, müssen so erfolgen, daß den Verhandlungspartnern der beiderseitige Nutzen der zu treffenden Vereinbarungen erkennbar wird.

So begrüßenswert es ist, daß der Oppositionsführer Elemente der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung aufgreift, so

bedauerlich ist es, daß er sich zugleich der nüchternen Einschätzung der möglichen, sich aus der politischen Wirklichkeit ergebenden Proportionen entzieht. Er verlangt hier und sofort, was in 20 Jahren CDU-bestimmter Politik in Deutschland mit der Deklamation von Rechtsansprüchen nicht erreicht werden konnte. Wenn die DDR, wie Dr. Barzel feststellt, eine "politische Realität" ist, und wenn in der Realität von zwei Staaten in Deutschland ein Mehr an Menschlichkeit geschaffen werden soll, so müssen wir das jetzt Erreichbare und Mögliche nutzen. Dieses Mögliche wird aber, das weiß die Opposition wie jedermann, von Eigenschaften der politischen Realität bestimmt, die nicht einfach abzuschaffen ist.

Die DDR ist Mitglied des Warschauer Pakts. Darum ist unsere Deutschlandpolitik auch ein Bestandteil unserer Ostpolitik. Diese wiederum fügt sich in die allgemeine West-Ostpolitik ein. Die Opposition zitiert häufig den NATO-Ministerrat mit seiner Forderung, daß die von einer Europäischen Sicherheitskonferenz festzulegende Zusammenarbeit den Austausch von Menschen, Informationen und Meinungen einschließen müsse. Wir pflichten dem aus ganzem Herzen bei und sind überzeugt, daß die Einbeziehung der DDR in die allgemeine West-Ostpolitik - "und hier kommt es wesentlich auf uns an" - auch die Zustände in Deutschland in der von der NATO angestrebten Richtung beeinflussen wird. Diese Rückwirkung muß sich selbstverständlich mit unseren eigenen Anstrengungen hinsichtlich einer Normalisierung der Beziehungen der DDR verbinden.

Die staatliche Einheit Deutschlands kann in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden. Aus dieser wohl allgemeinen Erkenntnis gilt es, eine Politik des Verhandlens gegenüber der DDR zu machen. Das setzt voraus, daß sich der Verhandlungspartner nicht diskriminiert sieht, und daß ihm die Unabhängigkeit und Selbständigkeit seiner inneren Angelegenheiten zugesprochen wird, so wie die Bundesrepublik sie ihrerseits als selbstverständlich in Anspruch nimmt.

Von dieser Basis aus ist die Bundesregierung in die praktischen Verhandlungen mit der DDR hineingekommen. Nach dem von der Bundesregierung im Dezember 1969 vorgelegten Entwurf eines Grundsatzvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR war die Verhandlung über die Regelung von Teillösungen kategorisch dem Anspruch untergeordnet worden, diplomatische Beziehungen aufzunehmen und die DDR völkerrechtlich anzuerkennen. Dr. Barzel übersieht, daß die DDR die entscheidende Korrektur zur nüchternen Betrachtung der Realität vollzogen hat. Nach den beiden Treffen in Erfurt und Kassel haben beide Seiten ohne Vorbedingungen den Meinungsaustausch über mögliche Schritte zur Normalisierung und Entspannung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten aufgenommen und zu ersten Ergebnissen geführt. Diese ersten, wohl gemerkt ersten Ergebnisse, bringen den Menschen hüben und drüben fühlbare Erleichterungen.

Keines der mit den Kasseler Elementen berührten Themen, die in der Aufzeichnung von Dr. Barzel in seiner Weise zu einem "Stufenprogramm" umstilisiert werden, blieb in dem offiziellen Meinungsaustausch zwischen den Beauftragten beider Regierungen unberührt. Zunächst hat sich die Phase der praktischen Verhandlungen auf die deutschen Durchführung- und Ergänzungsvereinbarungen zum Vier-Mächte-Rahmenabkommen über Berlin konzentriert. Daneben hat man das von Dr. Barzel nur gering geschätzte Abkommen über den Post- und Telefonverkehr zustande gebracht, das immerhin die bisherige Zahl der Telefonverbindungen verfünffachte. Am 20. Januar 1972 werden die Verhandlungen über einen allgemeinen Verkehrsvertrag fortgesetzt. Das sind Schritte, die für sich sprechen und der Forderung Dr. Barzels nach einem geäußerten Ringen um Verbesserungen sehr nüchtern entgegensetzen sind.

(-/ex/6.1.1972/byj)

Die SPD als internationaler Faktor

Ständige Verbindungen zu 80 Parteien in aller Welt

Das ist kein ungewöhnlicher Anblick mehr: Frauen und Männer aller Hautfarben sind im Ollenhauser-Haus, dem Bonner Hauptquartier der deutschen Sozialdemokraten, zu sehen. Sie kommen aus allen Kontinenten als Repräsentanten sozialdemokratischer Parteien oder ihnen verwandten Organisationen, und ihr Interesse gilt dem Aufbau und der Politik der SPD, die zu 80 Parteien in- und außerhalb Europas Beziehungen enger oder loser Art unterhält.

Die Beziehungen zu Parteien der Dritten Welt haben natürlich einen anderen Charakter, als etwa zu jenen Parteien, die der Sozialistischen Internationale angehören. Diese verbindet eine Tradition, die bis in die Zeit vor der Jahrhundertwende zurückgeht, und sie sind sich einig in politischen Grundwerten. Diese alte und doch immer junge Tradition hielt auch den schrecklichen Belastungen zweier Weltkriege stand. Sowohl nach dem Ersten als auch nach dem Zweiten Weltkrieg fanden deutsche Sozialdemokraten wieder Aufnahme in eine internationale Gemeinschaft, die sich die Verständigung zwischen den Völkern, sowie ein Höchstmaß von sozialer Gerechtigkeit, Freiheit und Würde des Menschen als Maßstab für alles politische Tun zum Ziel gesetzt hat. Die Sozialistische Internationale ist kein Konzil und sie verfügt auch nicht über ein Exekutivgewalt. Ihre Beschlüsse sind freiwillig gesetzte und beachtete Richtlinien, deren Verwirklichung bestimmt wird durch die jeweils nationalen Gegebenheiten, die alle sozialdemokratischen Parteien zu berücksichtigen haben. Keine sozialdemokratische Partei darf bei Strafe der Ohnmacht und Wirkungslosigkeit dieses Faktum vergessen. Eine Partei muß fest im eigenen Volke verankert sein, um nach außen hin im Sinne übergeordneter Werte wirken zu können. Blutleerer Internationalismus führt zur Isolierung, zu Sektierertum oder zur äußeren Abhängigkeit.

Die Faszination, die die SPD heute wie einst ausstrahlt, geht von ihrem Werdegang, ihrer wechselvollen Geschichte und

ihrer Zielsetzungen aus. Sie hat als älteste deutsche Partei stürmische Epochen überstanden, ohne sich selbst untreu zu werden. Von ihr sind keine die Welt in Katastrophen stürzende Kriege ausgegangen. Sie widerstand den Versuchungen des Nationalismus und mußte deshalb schwere Opfer auf sich nehmen. Sie widersetzte und widersetzt sich dem Totalitarismus in allen seinen Erscheinungsformen. Gewiß hat die SPD auch viele Fehler und Irrtümer aufzuweisen. Sie beansprucht nicht, den Stein der Weisen zu besitzen, aber sie glaubt an die Vernunft als Regulativ für die Lösung oft unvermeidlicher Konflikte. Sie lehnt Gewaltanwendung in jeder Form ab. Solo Manus Bewunderung für die SPD begründet sich unter anderem auf die von August Babel und Karl Liebknecht abgelehnte Annexion von Elsaß-Lothringen nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870/1871; die gleiche Grundhaltung bestimmte die SPD-Reichstagsfraktion, als sie in den dunklen Mürztagen 1933 unter Lebensgefahr das von Hitler gewollte Ermächtigungsgesetz verwarf.

Diese Vergangenheit der Ältesten deutschen Partei ist nicht ohne Wirkung für die Meinungsbildung der aufstrebenden Kräfte in der Dritten Welt geblieben. Sie sehen in der deutschen Sozialdemokratie nicht nur einen politischen Faktor von eminent wichtiger Bedeutung, sondern auch eine moralische Kraft, die sich an allgemein gültigen Werten orientiert. Das bedeutet unendlich viel in einer Welt voller Unsicherheit und voller Gefahren. Die SPD hat in ihrem Godesberger Programm Antworten auf Fragen gegeben, die unsere Zeit zutiefst bewegen. Sie lassen sich auf einen Menschen bringen: Der Mensch darf nicht für ein Definitum gepfeift werden, aber die Verhältnisse sind so zu verändern, daß sie ihm ein Leben in und mit Würde und ohne Furcht ermöglichen.

Weite Teile unseres von Hunger, Elend und grenzenloser Not heimgesuchten Welt stehen vor der Entscheidung, ob sie den blutigen Weg der in ihren Wirkungen und Konsequenzen nicht überschaubaren Revolution oder den weniger spektakulären Weg der Reorganisationen und Reformen zu gehen haben. Die SPD hat sich für den Weg der Reformen entschieden und sie hat dabei an Kraft, Zuversicht und Selbstvertrauen gewonnen. Das blieb nicht ohne Folgen. Ihr Erscheinungsbild wirkt in die Welt hinein, und daran knüpfen sich manche Hoffnungen und Erwartungen. Eine starke, mit den vorwärtsdrängenden Kräften unseres Volkes verbündete SPD nimmt der Welt den Alpdruck, den sie in der Vergangenheit vor deutschen Entwicklungen besaß; sie weiß sich gesichert vor unberechenbaren Abenteuern aus der Mitte des europäischen Kontinents.

Albert Exler
(-/ex/6.1.1972/ks)

Eine deutsch-polnische Diskussion

Zum Verfahrensstand gegen NS-Verbrechen

Bundesjustizminister Gerhard Jahn hat sich am 16. Dezember 1971 im SPD-Pressedienst unter den Schlagzeilen "Verfahrensstand gegen NS-Verbrechen / Eine Klarstellung zu kritischen Auslandsstimmen" über ein in der Bundesrepublik und im beteiligten Ausland rege diskutiertes Problem geäußert.

Dazu hat der Bonner Chefkorrespondent der Polnischen Presse-Agentur (PAP), Eugeniusz Guz, in einer "Klarstellung zur Klarstellung" wie folgt reagiert:

"Der Bundesminister der Justiz, Gerhard Jahn, hat es für zweckmäßig gehalten, im SPD-Pressedienst Stellung zu nehmen zum Vorwurf der Verzögerungen in NS-Prozessen ('Eine Klarstellung zu kritischen Auslandsstimmen'). Er findet die Besorgnis des Auslands unbegründet, zählt viele Gründe für das langsame Tempo auf, beruhigt und schlußfolgert: So wie die Untersuchungen und Gerichtsverfahren verlaufen, ist es normal, weil es aus vielen Gründen einfach anders nicht geht.

Es ist allgemein bekannt, das nicht nur die polnische Öffentlichkeit die Meinung des Bundesministers nicht teilt, was nicht besagt, daß ich seine Argumente nicht respektiere. In einem Punkt fällt es mir aber schwer, die Ausführungen des Ministers widerspruchlos hinzunehmen. Bei der Aufzählung von Schwierigkeiten, die auf die Ludwigsburger Zentrale vom Ausland zukommen, erwähnt der Minister namentlich ausgerechnet nur Polen ('Koch heute wird z.B. der polnischen Hauptkommission zur Aufklärung von NS-Verbrechen Material zwar zur Verfügung gestellt, deutschen Staatsanwälten aber die Möglichkeit nicht eingeräumt, die polnischen Archive selbst zu prüfen').

Es darf hier daran erinnert werden, daß die Hauptkommission seit Jahren den Justizorganen vieler Länder, darunter vor allem der BRD, Rechtshilfe gibt, und zwar ungeachtet des Fehlens von diplomatischen Beziehungen und eines formellen Abkommens auf dem Gebiet der Rechtshilfe. Im Einverständnis mit den polnischen Behörden führen die Justizorgane der BRD auf dem Territorium Polens Lokalbesichtigungen durch, bei denen auch die Verteidiger der

Angeklagten Vernehmungen von Zeugen abhalten, die außerdem zu Gerichtsverhandlungen in die BRD geschickt werden. Es wird den Vertretern der Zentralstelle in Ludwigsburg sowie den Staatsanwälten und Richtern aus der BRD erlaubt, Einsicht in die Dokumentation der Naziverbrechen zu nehmen, die sich in den polnischen Archiven befindet. Die Hauptkommission hat den Justizorganen der BRD bisher über 70.000 Mikrofilmaufnahmen von Dokumenten, 13.000 Protokolle von Zeugenaussagen und anderes Beweismaterial zuge stellt.

Es erhebt sich also die Frage, warum man die Grundsatzfrage 'Kann es nicht schneller gehen?' auf ein absolut unbedeutendes Nebengleis steuert. Das Problem liegt doch nicht beim Fehlen von Material, sondern bei der ungenügenden Auswertung des schon vorhandenen Materials".

Die angesprochenen deutschen Stellen haben auf Anfrage dazu mitgeteilt:

"Es ist richtig, daß die polnische Hauptkommission zur Verfolgung von NS-Verbrechen bisher eine hohe Zahl von Mikrofilmaufnahmen beweiserheblicher Dokumente für die Verfolgung dieser Verbrechen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung gestellt hat. Es ist auch nie bestritten worden, daß Polen in sehr großem Umfang Rechtshilfe in anhängigen Einzelsachen gewährt. Andererseits trifft es jedoch zu, daß eine allgemeine Einsicht in die polnischen Archive bisher deutschen Stellen nicht gestattet wurde. Zwar wurde umfangreiches Material zur Verfügung gestellt, jedoch war dieses stets von polnischer Seite vorher ausgewählt. Eine eigene Auswertung der Archivbeständen wurde den mit der Aufklärung von NS-Verbrechen beauftragten deutschen Richtern und Staatsanwälten jedoch noch nicht erlaubt. Es ist jedoch zu hoffen, daß auf Grund einer vor kurzem geführten Besprechung zwischen einem Beamten des Bundesarchivs in Koblenz und dem Leiter der polnischen Hauptkommission demnächst der beiderseitige Austausch von Archivmaterial in größerem Umfang aufgenommen werden kann".

(-/eg/6.1.1972/ks)